

Brutale Besatzung führt zu brutalem Krieg zwischen Israel & der Hamas

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Talia Baroncelli: Hallo, ich bin Ihre Moderatorin, Talia Baroncelli, und Sie sehen theAnalysis.news. Bei mir zu Gast ist Dr. Trita Parsi, um über die Feindseligkeiten zwischen der Hamas und Israel am vergangenen Wochenende und die anhaltende Gewalt zu sprechen. Wenn Sie diese Sendung unterstützen möchten, können Sie dies auf unserer Website theAnalysis.news tun, indem Sie auf die Schaltfläche „Spenden“ in der oberen rechten Ecke des Bildschirms klicken. Bitte tragen Sie sich in unsere Mailingliste ein; so werden Sie immer auf dem Laufenden gehalten, sobald neue Inhalte veröffentlicht werden. Und abonnieren Sie unseren Podcast, wo immer Sie die Sendung sehen. Wir sind gleich wieder da, mit Trita Parsi.

Zu Gast ist nun Trita Parsi. Er ist leitender Vizepräsident des Quincy Institute for Responsible Statecraft. Vielen Dank, dass Sie heute bei mir sind, Trita.

Trita Parsi: Es ist mir ein Vergnügen. Vielen Dank für die Einladung.

TB: Ich möchte Sie um eine Stellungnahme zu den Gewalttaten bitten, die wir in Israel und im Gazastreifen erlebt haben. Vor einigen Tagen, am 7. Oktober, erlebten wir, wie militante Hamas-Kämpfer nach Israel vordrangen und willkürlich Zivilisten massakrierten. Die Zahl der Todesopfer auf israelischer Seite beläuft sich inzwischen auf über 700 Zivilisten, und mehr als hundert Geiseln wurden von den Hamas-Kämpfern in den Gazastreifen verschleppt. Als Reaktion auf diese Angriffe hat Premierminister Benjamin Netanjahu der Hamas den Krieg erklärt, woraufhin das israelische Militär eine Luftangriffskampagne auf den dicht besiedelten Gazastreifen eingeleitet hat. Die Zahl der Todesopfer auf palästinensischer Seite liegt inzwischen bei über 600 Zivilisten. Angesichts der Blockade des Gazastreifens, die die Versorgung mit Lebensmitteln, Medikamenten und Strom einschränkt, wird die Zahl der Todesopfer höchstwahrscheinlich oder unweigerlich steigen.

Dies alles geschieht vor dem Hintergrund, dass Netanjahu illegale Siedlungen im Westjordanland und die Gewalt von Siedlern gegen Palästinenser dort unterstützt. Es gab einen Vorfall, bei dem ein bewaffneter Palästinenser vier Israelis tötete, woraufhin einige Siedler eine ganze palästinensische Stadt in Brand setzten. Die Vergangenheit kann hier nicht ignoriert werden.

Das Wall Street Journal hat einen Artikel veröffentlicht, in dem unterstellt wird, dass die Hamas bei diesen Anschlägen vom Iran unterstützt wurde. Was sagen Sie dazu?

TP: Beginnen wir zunächst am Ausgangspunkt Ihrer Frage, denn es handelt sich natürlich um entsetzliche Ereignisse. Zahllose Kriegsverbrechen finden derzeit auf beiden Seiten statt. Meiner Meinung nach ist dies nicht unbedingt eine Überraschung. Sicherlich ist das Ausmaß des Hamas-Angriffs und der technologische Fortschritt, den sie gezeigt haben, vermutlich unerwartet. Doch die Vorstellung, dass sich derartiges ereignen würde, dass es zu einer Rückführung der Gewalt kommen würde, kann nicht als überraschend bezeichnet werden.

Der Grund für diese Überraschung liegt meines Erachtens unter anderem in der Annahme, die palästinensische Problematik sei keine echte Krise mehr und Europa habe die Palästinenser vergessen. Die Vereinigten Staaten haben dies sicherlich, und inzwischen auch die arabischen Führer in zunehmendem Maße. Und natürlich war die sogenannte Arab Street ein Jahrzehnt lang in ihren eigenen arabischen Frühling verwickelt und blickte eher nach innen als auf die palästinensische Situation. Das war völlig verkehrt, und vorhersehbar verkehrt, denn die Palästinenser würden die Palästinenser nicht vergessen, denn es ist unmöglich, eine fast permanente Blockade und Besatzung aufrechtzuerhalten und zu erwarten, dass die Gewalt nicht erneut ausbricht. Zumal der Westen signalisiert, dass man sich auf die Idee eines Abraham-Abkommens einlässt, was bedeutet, dass die arabischen Staaten die Palästinenserfrage ausklammern und sich mit Israel ohne nennenswerte Veränderungen vor Ort in Bezug auf die Gewährung der nationalen Rechte der Palästinenser wieder annähern würden. Leider war irgendwann ein Ausbruch von Gewalt sehr wahrscheinlich, den wir jetzt erleben. Ich denke, dass diese Prämisse, die Idee, man könne die Situation der Palästinenser ausklammern, vorhersehbar widerlegt wurde, aber sie wurde auf eine viel, viel brutalere und schrecklichere Weise widerlegt, als viele erwartet hatten.

Hinsichtlich der Beteiligung des Irans gibt es meines Erachtens keinen Zweifel an der iranischen Unterstützung der Hamas. Es besteht kein Zweifel an der Bereitstellung von Waffen durch den Iran an die Hamas. Das unterscheidet sich jedoch von der Behauptung, dass die Iraner operativ beteiligt waren, oder wie das Wall Street Journal sagte, dass sie im Wesentlichen grünes Licht für diese Operation gaben. Ich finde das aus einer Reihe von Gründen nicht überzeugend.

Zunächst einmal ist die Beziehung zwischen der Hamas und dem Iran keineswegs so beschaffen, dass die Hamas grünes Licht vom Iran suchen oder erbitten würde oder dass sie sich unter das Kommando der Iraner begeben würde. Schauen Sie sich außerdem die Aussagen der US-amerikanischen Seite an. Die US-Regierung bestreitet jegliche Beweise für

eine iranische Beteiligung, was übrigens auch für die Israelis gilt. Der israelische Sprecher der IDF (Israelische Verteidigungsstreitkräfte) erklärte, es gebe keine Beweise für eine Beteiligung des Irans. Ich denke, dass diese Darstellung in vielerlei Hinsicht fehlerhaft war, einschließlich der Vorstellung, dass es seit August alle zwei Wochen Treffen zwischen den Leitern der Hamas, des Islamischen Dschihad, der Hisbollah und den Iranern gegeben hat, einschließlich zweier Treffen mit dem iranischen Außenminister. All dies soll in Beirut stattgefunden haben, und die Israelis haben nichts davon mitbekommen. Das ist mehr als die Art von nachrichtendienstlichem Versagen, für das diese Operation ein Indikator auf israelischer Seite war. Das macht diese Operation zu einer wesentlich größeren Schwachstelle im Geheimdienst. Eine, die so groß ist, dass mir der Glaube daran schwer fällt.

Gestatten Sie mir noch eine letzte Bemerkung. Ich halte die Erkenntnis für wichtig, dass die Iraner in der Tat den Eindruck erwecken wollen, dass sie beteiligt waren. Sie wollen zwar die Möglichkeit einer plausiblen Leugnung behalten, d. h. behaupten können, sie hätten nichts damit zu tun, aber dennoch sind sie mit der Annahme einer möglichen Verwicklung in den Anschlag zufrieden. Ihrer Ansicht nach erhöht dies ihre Glaubwürdigkeit in der Region bei der Bevölkerung, insbesondere in der Arab Street. Es stärkt ihren Anspruch auf die regionale Führung, insbesondere gegenüber ihrem Rivalen Saudi-Arabien. In der Vergangenheit gab es Fälle, bei denen die Iraner zwar nichts mit einem bestimmten Anschlag zu tun hatten, aber dennoch von der Auffassung einer Beteiligung profitierten. Das ist wohl das Spiel, das sie im Moment spielen.

TB: Um Ihren vorherigen Punkt aufzugreifen: Außenminister Antony Blinken zufolge gibt es keine Beweise für eine Beteiligung des Iran. Aber selbstverständlich gibt es auch Republikaner, die mit dem Finger auf den Iran zeigen und argumentieren, dies sei das Ergebnis der Freigabe von 6 Milliarden Dollar iranischen Vermögens durch die Biden Regierung, die diesen Anschlag finanziert haben. Das ist völliger Unsinn, denn bekanntlich gibt es bestimmte strenge Vorschriften und Maßnahmen, wie dieses Geld vom Iran verwendet werden kann. Soweit ich weiß, ist es in erster Linie für humanitäre oder medizinische Zwecke bestimmt. Das ist ein weiterer Punkt, der zu berücksichtigen ist. Glauben Sie wirklich, dass die Hamas diesen Angriff als Reaktion auf die Normalisierung zwischen den arabischen Staaten und Israel begonnen hat? Oder ging es ihr vielmehr um die Rückkehr einiger ihrer Gefangenen, die in israelischen Gefängnissen festgehalten werden?

TP: Die von mir erwähnte Normalisierung könnte eine Erwägung gewesen sein. Ich glaube nicht, dass sie die treibende Kraft war. Nochmals, viele Kommentare im Westen, die dies als einzigen Grund angeben, scheinen von einer Unkenntnis der Situation der Palästinenser auszugehen. Nur weil die westlichen Medien nicht über die von Ihnen angesprochenen Punkte berichtet haben, z. B. die Ausweitung der Siedlungen, das Niederbrennen palästinensischer Dörfer, die anhaltende Blockade und Besetzung des Gazastreifens und das Leiden der Menschen dort, bedeutet das nicht, dass dies nicht wahr ist und dass dies nicht die Hauptmotivation für die Hamas wäre, in der Art und Weise durchzugreifen, wie sie es getan

hat. Dass dies wahrscheinlich Auswirkungen auf die Normalisierung haben würde, ist wahrscheinlich ein Gesichtspunkt, den sie für vorteilhaft hielten. Ich bin mir nicht so sicher, dass dies die entscheidende Kraft dabei war. Wenn die Hamas die Atmosphäre für eine Normalisierung beeinträchtigen wollte, kann man sich durchaus vorstellen, dass sie wahrscheinlich weitaus geringfügigere und kleinere Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels ergreifen könnte.

Meiner Meinung nach geht dies weit über dieses Ziel hinaus, aber gleichzeitig denke ich, dass diese Frage berechtigt ist, denn dies wird Auswirkungen auf dieses Thema haben. Zumindest scheint eine Erhöhung der palästinensischen Dimension dieser Problematik für die Saudis sehr schwierig zu sein, da die Saudis wahrscheinlich am ehesten bereit waren, diese zu opfern. Ich denke, dass es ihnen jetzt noch schwerer fallen wird, dies zu tun. Dies geschieht jedoch zu einem Zeitpunkt, an dem der Appetit auf Zugeständnisse an die Palästinenser auf israelischer Seite gleich Null sein wird. Kurzfristig macht dies eine Einigung wahrscheinlich unmöglich. Aber mittel- und langfristig bleibt natürlich abzuwarten, wie sich das alles entwickelt.

TB: Glauben Sie, dass angesichts der Kontroverse um Benjamin Netanjahu und der Proteste gegen seine sehr umstrittenen Justizreformen die Stunde der Exekutive schlagen wird? Wir konnten beobachten, dass einige Journalisten und eher linksgerichtete Zeitungen in Israel erklärten, man sei von den Anschlägen überrascht worden, man sei nicht darauf vorbereitet gewesen, und es habe mehrere Stunden gedauert, bis bestimmte Vertreter des Militärs und der Regierung überhaupt eine Erklärung abgegeben hätten. Viele Menschen saßen im Dunkeln. In den südlichen Teilen Israels gibt es keinen Strom, sie wissen kaum von den Ereignissen und waren gezwungen, sich auf die lokalen Medien als Informationsquelle zu verlassen. Wie beurteilen Sie die Reaktion der Regierung und wie wird man sich an Netanjahu erinnern?

TP: Meines Erachtens wird es auf kurze Sicht zu einer Art Stunde der Exekutive kommen. Das ist es, was wir in anderen Ländern sehen. Das haben wir in der Vergangenheit bereits in Israel erlebt, insbesondere nach dem Krieg von 1973, der Israel ebenfalls unerwartet traf. Längerfristig wird es jedoch zu einer Selbstreflexion kommen, wie nach der gescheiterten israelischen Invasion im Libanon im Jahr 2006. Damals kam ein vernichtender Bericht heraus, der die vielen, vielen Fehler, Unzulänglichkeiten und Fehleinschätzungen auf israelischer Seite aufzeigte. Ich vermute die Veröffentlichung eines äußerst vernichtenden Berichts, aber nicht zum jetzigen Zeitpunkt. Derzeit werden die Auswirkungen und Folgen auf israelischer Seite wahrscheinlich darin bestehen, dass die Regierung Netanjahu kurzfristig politisch profitiert und die Stunde der Exekutive schlägt.

TB: Ich habe bis heute keine Verurteilung der von der Hamas verübten Angriffe durch Saudi-Arabien gesehen. Ich möchte Sie gerne nach den Gründen für diese Haltung fragen, denn Saudi-Arabien bemühte sich um eine Normalisierung der Beziehungen zu Israel. Sie haben das Abraham-Abkommen zwar nicht unterzeichnet, wie Länder wie die Vereinigten

Arabischen Emirate, aber sie befanden sich gewissermaßen in einem solchen Prozess. Warum haben sie die Anschläge nicht verurteilt? Welche politische Funktion hat das? Danach möchte ich mit Ihnen auch über die Vereinbarung sprechen, die Saudi-Arabien und die Vereinigten Staaten möglicherweise unterzeichnen werden.

TP: Bezüglich der ersten Frage denke ich, dass die Erklärung, die bisher von der saudischen Regierung abgegeben wurde, vom saudischen Außenministerium stammt. Die saudische Regierung vertritt eine ähnliche Position wie Katar und sogar der Iran, indem sie der Besatzung die Schuld gibt, auf die eigentlichen Ursachen des Konflikts hinweist und nicht die Art von Verurteilung zum Ausdruck bringt, die die Israelis und die Vereinigten Staaten natürlich gerne sehen würden.

Warum ist das so? Nun, das Außenministerium hat im Laufe der letzten Jahre eine eher traditionelle saudische Position zu diesem Thema eingenommen. Die Äußerungen von MBS, Mohammed bin Salman, dem Kronprinzen, wichen oft davon ab, manchmal sogar ganz erheblich. Wir haben bisher noch keinen Kommentar von MBS zu diesem Thema gehört. Das wird sehr interessant sein, nicht nur an und für sich, sondern auch, um festzustellen, ob zwischen dieser Erklärung und derjenigen des Außenministeriums Unterschiede bestehen.

Warum sollten sich die Saudis auf diese Weise äußern? Ich denke, teilweise liegt es daran, dass in einem Moment, in dem die Palästinenser Widerstand leisten, die Augen wieder auf die palästinensische Frage und das Leiden der Palästinenser gerichtet sind. In einem solchen Moment ist es für die Saudis sehr schwierig, ihre Gleichgültigkeit zum Ausdruck zu bringen, insbesondere wenn andere Länder, wie der Iran und andere, eine Position vertreten, die sich mit den eigentlichen Ursachen befasst, die Verurteilung der Hamas vermeidet oder sogar versucht, die Lorbeeren für die dortigen Ereignisse zu ernten. Das bringt die Saudis in eine schwierige Zwickmühle. Eine Zwickmühle, die letztendlich immer vorhersehbar war, da all diese Normalisierungsgespräche in einem Kontext stattfanden, in dem man davon ausging, dass das palästinensische Problem ruht und weitgehend ruhen wird, dass es keiner wirklichen Lösung bedarf. Das hat sich nun endgültig als falsch und gefährlich erwiesen, meiner Meinung nach.

Zur Frage, was ein solches Abkommen beinhaltet, hat die Biden Regierung meiner Meinung nach dort angeknüpft, wo Trump aufgehört hat. Sie verfolgt in dieser Frage die gleiche Linie wie Trump, aber vielleicht mit dem Ziel, Trump zu übertrumpfen, indem sie in der Lage ist, Saudi-Arabien zu gewinnen, was natürlich ein viel größerer Preis wäre, und die VAE zu einer Normalisierung mit Israel zu bewegen. Um das zu erreichen, unternehmen sie enorme Anstrengungen in Bezug auf die Art von Zugeständnissen, die sie den Saudis anzubieten gedenken, wozu auch ein Sicherheitspakt gehört. Einen Sicherheitspakt nach Artikel 5, der die Vereinigten Staaten dazu verpflichten würde, das saudische Königreich zu verteidigen, sowie nukleare Zugeständnisse, die den Saudis Anreicherungsanlagen und Zugang zum

Brennstoffkreislauf ohne die extrem strengen Beschränkungen, die dem iranischen Atomprogramm auferlegt wurden, gewähren würden, hat es zwischen den Vereinigten Staaten und Saudi-Arabien nie gegeben. Dies sind offen gesagt Zugeständnisse, die noch vor acht Monaten undenkbar gewesen wären. Jetzt zieht die Biden Regierung dies ernsthaft in Erwägung, was meiner Meinung nach auf eine gewisse Verzweiflung auf Seiten der Regierung hindeutet. Meines Erachtens fordert MBS bei den Verhandlungen immer mehr, und die Regierung gibt immer mehr, ohne dass die Vereinigten Staaten im Gegenzug irgendetwas von besonderem Wert erhalten. Vor allem, was die regionale Stabilität angeht, da die palästinensische Frage nicht wirklich angegangen, sondern ignoriert wird, wodurch leider der Grundstein für noch mehr Gewalt aufgelegt wird.

TB: Sie erwähnten den Sicherheitspakt, der offensichtlich noch nicht unterzeichnet worden ist und für den der Kongress einen Vertrag unterzeichnen müsste oder der vielleicht durch eine präsidiale Verordnung verabschiedet werden könnte. Er würde Saudi-Arabien Sicherheitsgarantien nach Artikel 5, ähnlich der NATO, garantieren.

Es gibt zwei wesentliche Faktoren, die dem entgegenstehen oder von denen man annehmen könnte, dass sie dem entgegenstehen, nämlich der fünfjährige Jahrestag der Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi und die Freigabe von Dokumenten aus einer gemeinsamen Untersuchung des Senats und des Kongresses zum 11. September 2016 durch den ehemaligen Senator Bob Graham, die tatsächlich eine Verbindung zwischen den Tätern des 11. Septembers und Saudi-Arabien belegen. Wie ist es überhaupt möglich, dass angesichts dieser beiden schwerwiegenden Vorfälle weiter aktiv über diesen Sicherheitspakt verhandelt wird?

TP: Ich glaube, Sie legen den Finger auf etwas sehr Wichtiges. Viele Menschen hielten die Entwicklung für so unwahrscheinlich, dass sie ihr keine Beachtung schenkten. Sie glaubten nicht, dass die Administration es ernst meint. Jetzt ist es zur Realität geworden, eine solche Angelegenheit ernsthaft in Erwägung zu ziehen, und die Regierung erwägt extreme Zugeständnisse an die Saudis in dieser Frage.

Meiner Meinung nach ist die einzige Möglichkeit, dies zu erreichen, die Kombination mit der Normalisierung, ein Gesamtpaket, bei dem man hofft, dass das Argument, es handele sich um einen historischen Durchbruch, die Mitglieder des Senats zur Zustimmung bewegen wird, weil man den Eindruck erwecken will, auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen oder welche Metapher man auch immer verwendet. Aber das war wohl auch ein Kalkül zu einem Zeitpunkt, als die meisten Menschen im Senat diesem Thema keine Aufmerksamkeit schenkten. Alle Augen waren entweder auf die Ukraine oder auf Taiwan gerichtet. Infolgedessen hätte es für sie einen Weg geben können oder es schien einen Weg zu geben, dies ohne großen Widerstand durch den Senat zu bringen.

Das dürfte sich jetzt ändern. Wir haben letzte Woche ein Schreiben von 20 demokratischen Senatoren gesehen, in dem sie ihre tiefe Besorgnis über einige dieser Zugeständnisse zum Ausdruck bringen. Ich glaube kaum, dass es so reibungslos ablaufen wird, wie die Regierung

zunächst dachte. Vor allem jetzt, angesichts dieser Anschläge, dürfte die Angelegenheit noch komplizierter werden, und zwar nicht nur in der Region, in der weder die Saudis noch die Israelis besonders angetan sind, sondern es wird wohl auch auf dem Capitol Hill zu einer gewissen Verzögerung kommen.

TB: Abschließend möchte ich noch eine letzte Frage stellen, und zwar zu Armenien. Wir haben ethnische Säuberungen von Armeniern in der Region Bergkarabach erlebt. Die Menschen mussten nach Armenien fliehen. Aserbaidschan hat auf internationaler Ebene keine wirklichen Konsequenzen für seine Beteiligung an diesem Konflikt hinnehmen müssen. Es handelt sich offensichtlich um einen sehr historischen Konflikt, der also nicht erst seit kurzem besteht.

Wie kommt es, dass die internationale Gemeinschaft in Anbetracht der Sanktionen gegen Russland aufgrund seines Einmarsches in der Ukraine nicht mit Zurechtweisungen oder Sanktionen für Aserbaidschan reagiert hat?

TP: Das ist eine gute Frage. Es ist genau die gleiche Frage, die sich viele Länder des globalen Südens gestellt haben, als die illegale Invasion der Ukraine durch Russland als große Bedrohung für die auf Regeln basierende internationale Ordnung dargestellt wurde. Zunächst schien dies vorauszusetzen, dass es so etwas wie für alle verbindliche Regeln gibt. Das wird von vielen Ländern in Frage gestellt. Als man sie dann aber aufforderte, im Namen der Aufrechterhaltung dieser Ordnung erhebliche Opfer zu bringen, stellte man fest, dass es außerhalb des Westens und einiger asiatischer Länder nicht viele Abnehmer gab. Das lag unter anderem daran, dass man sich der Einmaligkeit dieser Situation bewusst war, dass die Regeln jetzt gelten würden, weil sie für den Westen wichtig waren, aber sobald ein neuer Konflikt auftauchte, würde man sie ignorieren. Dieser Konflikt entstand innerhalb von eineinhalb Jahren, nicht allzu weit von der Ukraine entfernt, und bezog sogar einige der anderen Akteure mit ein, da Russland natürlich ein sehr wichtiger Akteur in all dem ist. Es herrschte völliges Schweigen und ein Ignorieren dieses Themas.

Wir erleben ethnische Säuberungen in der Region. Bei all dem erhalten die Aserbaidschaner Hilfe aus Israel, denn der militärische Erfolg, den sie haben, ist zum Teil auf die Ausbildung und die Waffen aus Israel zurückzuführen. Wir haben sogar miterlebt, wie der ukrainische Präsident Selenskyj dem Diktator von Aserbaidschan in einem Tweet für seine Hilfe bei der Wahrung der Grundsätze der Souveränität und der nationalen Grenzen gedankt hat. Auch hier zeigt sich, wie ungleich diese Regeln angewandt werden und warum viele Länder des globalen Südens keine Opfer bringen werden, um eine Ordnung aufrechtzuerhalten, die nur denjenigen zugute kommt, die sie kontrollieren, anstatt für alle Länder des Systems von Nutzen zu sein.

In dieser Frage sind wir wohl an einem Wendepunkt angelangt. Ich glaube nicht, dass es möglich sein wird, dieses Muster beizubehalten. Ich sage nicht, dass sich morgen irgendetwas

ändern wird, aber die Machtverschiebungen auf der Welt sind so groß, dass der Status quo nur noch schwerlich länger toleriert werden kann. Was die Alternative ist, lässt sich nur schwer vorhersagen. Im Idealfall wäre es eine Wiederbelebung der globalen Regierungsstruktur und eine deutliche Verbesserung. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass die globale Ordnung so stark zersplittert, dass sie nicht nur zu einer multipolaren Welt, sondern zu einer Welt mit mehreren Ordnungen wird. Es ist schwer vorstellbar, dass dies für die Welt als Ganzes positiv sein könnte, vor allem, wenn man bedenkt, dass wir globale und koordinierte Maßnahmen brauchen, um grenzüberschreitende Bedrohungen wie den Klimawandel und Pandemien zu bekämpfen. Wie kann das in einer Welt mit mehreren Ordnungen geschehen?

TB: Es ist offensichtlich, dass dieser imaginären, auf Regeln basierenden Ordnung, von der westliche Diplomaten zu glauben scheinen, dass sie existiert, Welten mit mehreren Ordnungen gegenübergestellt werden.

Trita Parsi, leitender Vizepräsident des Quincy Institute for Responsible State Craft, vielen Dank für Ihre Zeit heute.

TP: Danke, dass ich hier sein durfte. Ich weiß dies zu schätzen. Ich danke Ihnen.

TB: Danke, dass Sie theAnalysis.news verfolgen. Wenn Sie unsere Sendung unterstützen und uns bei der Produktion dieser Inhalte helfen möchten, gehen Sie bitte auf unsere Website theAnalysis.news und klicken Sie auf die Schaltfläche „Spenden“ in der oberen rechten Ecke des Bildschirms. Ohne Sie schaffen wir das nicht, und wir wissen Ihre Unterstützung sehr zu schätzen. Bis zum nächsten Mal.

ENDE